

Antrag auf Erteilung einer	<input type="checkbox"/> <u>Niederlassungserlaubnis</u>	<input type="checkbox"/> <u>Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG</u>
nach	<input type="checkbox"/> § 9 (eigenständig)	<input type="checkbox"/> § 28 Abs. 2 (deutscher Ehegatte / Kind)
		<input type="checkbox"/> §26 Abs. 3 (humanitäre Gründe)
		<input type="checkbox"/> § 26 Abs. 4
	<input type="checkbox"/> 1. Altern. (16 Lj.)	<input type="checkbox"/> §18 c
	<input type="checkbox"/> 2. Altern. (18 Lj.)	

Familienname: _____ Geburtsname: _____

Vorname(n): _____ Größe: _____ cm

Geburtsort und -tag: _____ Augenfarbe: _____

Telefonnummer: _____ E-Mail: _____

Geschlecht: weiblich männlich divers

Staatsangehörigkeit(en): _____

Familienstand: ledig
 verheiratet geschieden verwitwet seit: _____

Anschrift: _____

Reisepass:

Ausstellender Staat: _____

Nummer: _____ gültig von-bis: _____

Ersteinreise am: _____

Haben Sie sich seitdem ununterbrochen in Deutschland aufgehalten?

Ja

Nein, von _____ bis _____
(Evtl. Unterbrechung: Wehrdienst, Ausreise länger als 6 Monate)

Aus welchen Mitteln bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt?

Name u. Anschrift des Arbeitgebers:

Beschäftigt seit: _____ bis: _____ / unbefristet

Krankenversicherung: _____

Größe der Wohnung: _____ m²

Monatliche Kosten der Wohnung: _____ €

Angaben zum Ehegatten:

Familienname: _____ Geburtsname: _____

Vorname(n): _____ Größe: _____ cm

Geburtsort und -tag: _____ Augenfarbe: _____

Telefonnummer: _____ E-Mail: _____

Geschlecht: weiblich männlich divers

Staatsangehörigkeit(en): _____

Angaben zu Kind(ern):

Familienname: _____ Geburtsname: _____

Vorname(n): _____ Größe: _____ cm

Geburtsort und -tag: _____ Augenfarbe: _____

Telefonnummer: _____ E-Mail: _____

Geschlecht: weiblich männlich divers

Staatsangehörigkeit(en): _____

Sind sie vorbestraft? Ja Nein

Grund der Strafe: _____

Art und Höhe der Strafe: _____

Ist ein Strafverfahren gegen Sie anhängig? Ja Nein

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben.

Falsche oder unzutreffende Angaben im Antrag haben den Entzug der Aufenthaltserlaubnis/-berechtigung zur Folge.

Außerdem kann eine Strafanzeige erstattet werden.

Datenschutzhinweise und Einwilligungserklärung nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO

Hinweise zur Datenverarbeitung in Zusammenhang mit Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnissen

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung durch die

Stadt Passau
Rathausplatz 2-3, 94032 Passau, Deutschland
Email: poststelle@passau.de
Telefon: +49 (0)851- 396 0
Fax: +49 (0)851- 396 438

Der behördliche Datenschutzbeauftragte der Stadt Passau ist unter datenschutz@passau.de erreichbar.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Ihre Daten werden erhoben, um Ihren Antrag auf Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels oder auf Visumsverlängerung bearbeiten zu können.

Die Datenerhebung erfolgt auf der Rechtsgrundlage nach Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) DSGVO in Verbindung mit dem Gesetz

über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (insbesondere §§ 7 ff., 9, 81, 86 AufenthG) und Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (insbesondere § 11 Abs. 1 FreizügG/EU).

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Ihre Daten werden, wenn erforderlich und gesetzlich zulässig, an die zuständigen bzw. zu beteiligenden Stellen wie folgt weitergegeben:

- Stadtkasse, Rechnungsprüfungsamt, ggf. Rechtsamt der Stadt Passau (bei Bußgeldverfahren)
- Ausländerzentralregister(AZR): §§ 6-9 AZR-Gesetz, §§ 4 -7 AZRG-DV
- Personalien an das Bundeszentralregister für Auskunftersuchen aus dem Zentralregister gem. § 41 Abs. 1 Nr. 7 BZRG
- Bundesamt für Migration und Flüchtige (BAMF): § 8 Abs. 1 IntV (Integrationsverordnung)
- über das Bundesverwaltungsamt an den Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst, das Bundeskriminalamt und das Zollkriminalamt sowie an das Landesamt für Verfassungsschutz und das Landeskriminalamt oder die zuständigen Behörden der Polizei. (§ 73 Abs. 2 AufenthG)
- die Meldebehörde gem. §§ 90 a, 90 b AufenthG und wenn Sie Anfragen an die Einbürgerungsstelle richten, auch an diese
- Beteiligung der Agentur für Arbeit § 39 AufenthG
- ggf. Veranstalter von Integrationskursen (nur Namen)
- ggf. Gerichte, Staatsanwaltschaft (bei Straf- und Bußgeldverfahren)
- sonstige in den (Freizügigkeitsabkommen EU/Schweiz, § 11 FreizügG/EU i.V.m.) §§ 72 und 86 bis 91g AufenthG genannte Stellen, sowie weitere öffentliche Stellen, soweit sich im weiteren Verfahren ergibt, dass

eine Weiterleitung der personenbezogenen Daten nach den geltenden Rechtsvorschriften erforderlich und zulässig ist.

- Antragsdaten werden zur Herstellung von Dokumenten mit elektronischen Speicher- und Verarbeitungsmedien nach (Freizügigkeitsabkommen EU/Schweiz, § 11 FreizügG/EU i.V. M) § 4 sowie nach § 78 AufenthG entsprechend §§ 61 a bis 61 h AufenthV erfasst, verarbeitet und zur Herstellung der Dokumente an die Bundesdruckerei übermittelt

4. Löschfristen

Die von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden solange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Löschfristen gemäß § 78 AufenthG, §§ 67 und 68 AufenthV, §§ 18, 19 AZRG-DV erforderlich ist.

5 Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen.
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen,
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen,
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Aufsichtsbehörde) zu beschweren.

Sofern Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, werden wir prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen.

6. Pflicht zur Datenbereitstellung

Nach den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere des AufenthG, sind Sie verpflichtet, uns die verlangten personenbezogenen Daten bereit zu stellen, um über Ihren Antrag entscheiden zu können.

Ich habe die vorgenannten Datenschutzhinweise zur Kenntnis genommen.

Passau, _____
Datum

Eigenhändige Unterschrift

Bei Personen unter 18 Jahren: Unterschrift des gesetzl. Vertreters